

Hannes Androsch und die Politik der siebziger Jahre

*Der Ex-Finanzminister über Leistungen
und Fehler der Kreisky-Ära*



*Skizziert seine Ideen und Vorhaben: Bundeskanzler Kreisky
mit Vizekanzler und Finanzminister Hannes Androsch*

*Während des Dezenniums 1970 bis 1980 befand sich Österreich auf der
wirtschaftlichen Überholspur und hat Europareife erlangt.¹*

Hannes Androsch

In seinem Büro am Ring vis-à-vis der Wiener Staatsoper empfängt Hannes Androsch Gesprächspartner aus der ganzen Welt: Wirtschaftsbosse, Journalisten renommierter Medien, Politiker, Vertreter von Think-Tanks. Die Räumlichkeiten der Androsch International Management Consulting GmbH (AIC) sind freundlich, hell, sehr funktional, business-like eben. Das Arbeitszimmer von Hannes Androsch ist nüchtern: englischer Schreibtisch und eine bequeme Sitzgelegenheit. Frische Blumen stehen immer auf dem Tisch. An den Wänden hängen Stiche und ein schweres Ölbild des Kärntner Malers Professor Franz Grabmayr, Fotos von Familienmitgliedern vermitteln Privatheit. Nichts wirkt protzig-pompös, nur eines fällt auf: Das Büro ist voll mit Büchern, sehr vielen englischsprachigen Werken von angesehenen Verlagen über Geschichte, Politik, Ökonomie und Biografien. Es gibt Stöße von internationalen Zeitungen und Magazinen, die *New York Times Book Review* liegt obenauf. Der Raum, von dem aus Hannes Androsch sein Imperium leitet, hat nichts zu tun mit dem imperialen Glanz seiner ehemaligen Wirkungsstätte als Finanzminister, dem Palais von Prinz Eugen in der Himmelfortgasse mit Kristallluster, Seidentapeten, historischen Gemälden, sternförmigen Parkettböden und schweren Teppichen.

Die Zeit, als er dort regierte, liegt Jahre zurück. Wenn er davon erzählt, wie er als jüngster Finanzminister der Zweiten Republik, Vizekanzler und langjähriger „Kronprinz“ von Bundeskanzler Bruno Kreisky „seinen“ Chef, Freund, Förderer und am Ende auch

¹ Androsch, Hannes: Der österreichische Weg – Reminiszenz und Prospektion. In: Kriechbaumer, Robert (Hg.): Österreichische Nationalgeschichte nach 1945. Die Spiegel der Erinnerung: Die Sicht von innen, Bd. 1. Wien/Köln/Weimar 1998, S. 580.

Feind erlebt hat, wie er die Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik des „Sonnenkönigs“ einschätzt, wirkt er ruhig, gelassen, aber nicht abgeklärt. Mit Distanz, dennoch engagiert analysiert er die Zusammenhänge, in seinen Darstellungen und Schlussfolgerungen vereinen sich Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Er denkt langfristig, immer in Perspektiven. „In der Zielsetzung hatten Kreisky und ich dieselben Vorstellungen über Beschäftigungspolitik, doch wie man dieses Ziel erreicht, darüber gab es divergierende Auffassungen zwischen uns beiden“², eröffnet er das Gespräch mit den Autoren. Das fiel sogar Bundespräsident Rudolf Kirchschläger auf, erinnert sich Androsch an einen Besuch beim Staatsoberhaupt

Hannes Androsch (Dkfm., Dr.), am 18. April 1938 in Wien geboren, beginnt 1953 seine politische Laufbahn als Obmann der Gruppe Floridsdorf des Verbands Sozialistischer Mittelschüler. Nach der Matura 1956 Studium an der Hochschule für Welthandel in Wien. Nach Studienabschluss wird er 1960 Obmann des Wiener VSStÖ, zwei Jahre später des Bundes-VSStÖ. 1963 wird er zunächst Sekretär, dann Konsulent für Wirtschaftsfragen im Parlamentsklub der SPÖ (bis 1967). 1966 kommt die Prüfung zum beideten Buchprüfer und Steuerberater, 1968 zum beideten Wirtschaftsprüfer und Steuerberater. 1967 zieht er als Abgeordneter in den Nationalrat ein und gehört diesem bis zum 16. Februar 1981 an. 1970 beginnt sein steiler politischer Aufstieg: Der aufstrebende Jungstar wird mit 32 Jahren Finanzminister und behält dieses Amt bis zu seinem Ausscheiden aus der Regierung im Jahr 1981. 1972 wird er Mitglied des Bundesparteivorstands der SPÖ (bis 1983), 1974 Mitglied des SPÖ-Parteipräsidiums und stellvertretender Parteivorsitzender (bis 1981). 1976 nimmt Androsch das Amt des Vizekanzlers an (bis 1981). 1979 wird er Vorsitzender der OECD auf Ministerebene, 1980 Vorsitzender des Interimskomitees des Internationalen Währungsfonds. Im Juli 1981 wird Androsch Generaldirektor der Creditanstalt-Bankverein (bis 1988). 1988 bis 1989 ist er Konsulent der Weltbank. 1989 erfolgt die Gründung der AIC Androsch International Management Consulting GmbH, 1994 Beginn des Aufbaus einer industriellen Beteiligungsgruppe, seit 1997 ist er Miteigentümer der Salinen Beteiligungs-GmbH und Vorsitzender des Aufsichtsrats der Österreichischen Salinen AG. Seit 1994 ist er Miteigentümer von AT&S, Europas größtem Leiterplattenhersteller, dessen Aufsichtsratsvorsitzender er ebenfalls ist. 2003 wird er Vorsitzender des Universitätsrats der Montanuniversität Leoben. Im Jahr 2004 erfolgt die Errichtung der „Stiftung Hannes Androsch bei der Österreichischen Akademie der Wissenschaften“. Zweck der Stiftung ist es, wissenschaftliche Arbeiten zu den Themenschwerpunkten „Arbeit“ und „Festigung des sozialen Ausgleichs und Friedens“ zu fördern. In seiner zweiten Karriere als international tätiger Industrieller ist Androsch überaus erfolgreich und anerkannt. Als Elder Statesman wird er von den Medien regelmäßig zur aktuellen politischen und wirtschaftlichen Lage in Österreich, zu Globalisierungsfragen und zu europäischen Themen befragt.

² Das Gespräch mit Hannes Androsch fand am 10. Dezember 2007 in seinem Büro in Wien statt.

gegen Ende der siebziger Jahre³: „Ich merke schon, der Kanzler und du, ihr habt dasselbe Ziel, aber eine andere Vorstellung, wie dieses Ziel erreicht werden kann.“⁴

Trotz der unterschiedlichen Auffassung zwischen Kanzler und Finanzminister wurde das Ziel erreicht. Androsch steht nicht an, den Erfolg für sich zu verbuchen: „Diese Entwicklung und Beurteilung war naturgemäß mit der Person des wirtschaftspolitisch hauptzuständigen Finanzministers verbunden.“ Es war seine Politik als Finanzminister, die zum wirtschaftlichen und internationalen Erfolg geführt hat. „Die SPÖ-Wirtschaftspolitik der siebziger Jahre hat auch mannigfache internationale Anerkennung von der *Neuen Zürcher Zeitung*, der *Financial Times* bis zum *Economist* gefunden.“ Es ist ihm wichtig, darauf hinzuweisen, dass die Zahl der Arbeitslosen in Österreich bis 1981 – trotz Wachstumsknicks 1975 und der darauffolgenden Weltrezession – nie über 60.000 angestiegen ist und die Arbeitslosenrate die Zweiprozentmarke auch nie überschritten hat. Heute gilt dieser Zustand als Vollbeschäftigung.

Späte Bestätigung

Bestärkt wird Androsch in seiner Einschätzung und Analyse durch eine späte Abrechnung mit der Kreisky'schen Wirtschaftspolitik vonseiten Erich W. Streisslers, Professor für Volkswirtschaftslehre, Ökonometrie und Wirtschaftsgeschichte an der Universität Wien. „Bruno Kreisky war zu faszinierenden Einsichten in geschichtliche Vorgänge fähig, sein Verständnis wirtschaftlicher Prozesse war schon zu Lebzeiten nicht mehr zeitgemäß“, steht im Vorspann seines in der *Wiener Zeitung*⁵ publizierten Artikels unter dem Titel „Der Kanzler – ein ökonomischer Dilettant“. Ausgehend von den „Erinnerungen“⁶ Kreiskys, einer stark gekürzten Zusammenfassung seiner drei vor rund dreißig Jahren erschienenen Memoirenbände,

³ Rudolf Kirchschläger, Jurist und Diplomat, geboren 1915, gestorben 2000, wurde von Kreisky 1970 zum Außenminister bestellt. Von 1974 bis 1986 war er als Parteiloser österreichischer Bundespräsident.

⁴ Androsch im Gespräch am 10. Dezember 2007.

⁵ Wiener Zeitung – extra, 19. Jänner 2008.

⁶ Kreisky, Bruno: Erinnerungen. Das Vermächtnis des Jahrhundertpolitikers. Hgg. von Oliver Rathkolb, Graz/Wien 2007.

kritisiert er dessen Verhältnis zur Geschichte als „am ehesten poetisch-rhetorisch“ und seine wirtschaftshistorischen, makroökonomischen und weltwirtschaftlichen Vorstellungen als „in geradezu erschreckendem Maße abwegig“.

Kreiskys Ideen würden „teilweise aus der Zeit um 1900 stammen, spätestens aber aus den 1940er und 1950er Jahren herrühren“, seien „rückwärtsgewandt“ und würden sich in Kreiskys Ablehnung seines „zukunftsorientierten Finanzministers und Vizekanzlers Hannes Androsch“ besonders deutlich zeigen. „Gerade aus seinen ‚Erinnerungen‘ wird klar, dass es keineswegs nur persönliche Antipathien waren, die Kreisky und Androsch entzweiten, sondern auch tiefgreifende wirtschaftspolitische Gegensätze.“⁷

Wesentliche unterschiedliche Auffassungen in wichtigen ökonomischen Sachfragen zwischen Kanzler und seinem Vizekanzler gab es in der Einstellung zu den Gewerkschaften, in der Hartwährungspolitik, in der Wechselkurspolitik, in der Energiepolitik, in der Lösung der Probleme der verstaatlichten Industrie sowie der Einschätzung der Notwendigkeit, Lösungsansätze für die sich schon damals abzeichnende Problematik der langfristigen Finanzierung der Altersvorsorge anzupeilen⁸, ohne dadurch das Budget zu überfordern bzw. Zukunftsausgaben zu vernachlässigen.

Kreisky, so das Urteil Streisslers, „missachtete die moderne Bedeutung der Geldpolitik. Weder die zeitgemäße Bedeutung des Geldes noch die Rolle der weltwirtschaftlichen Verflechtungen wurde ihm jemals klar.“⁹ „Tragisch“ für Kreisky und die Sozialistische Partei sei gewesen, dass er „eben nicht erkannte, dass der in den Kategorien der weltwirtschaftlichen Konkurrenz denkende Androsch schon wegweisend für die 1980er und 1990er Jahre war, also für die Zeiten der unaufhaltsam heranrückenden weltwirtschaftlichen Konkurrenz“.¹⁰

⁷ Streissler, Erich W.: ebd., S. 3.

⁸ Ein umfassender Briefwechsel über drohende Finanzlücken in der Pensionsversicherung zwischen Finanzminister Hannes Androsch, Bundeskanzler Bruno Kreisky und Sozialminister Gerhard Weissenberg von Mai und Juni 1980 belegt, wie sehr Androsch über die Situation alarmiert war.

⁹ Streissler, Erich W.: ebd., S. 3.

¹⁰ Streissler, ebd.

Kein Verständnis zeigt Streissler für die Beschäftigungspolitik des Bundeskanzlers. „In seinen halbjährlich veranstalteten, vor allem der eigenen Propaganda dienenden Ökonomen-Runden präsentierte Kreisky Mitte der 1970er Jahre die makroökonomisch abwegige Vorstellung, es werde in Österreich deswegen keine Arbeitslosigkeit geben, weil kein österreichischer Unternehmer Arbeiter entlassen würde. Doch selbst das würde zur Sicherung der Vollbeschäftigung bei weitem nicht ausreichen: Erhebliche Arbeitslosigkeit entsteht bereits, wenn der sogenannte ‚natürliche Schwund‘ an Arbeitskräften (freiwillige Kündigungen und Pensionierungen) nicht durch Neueinstellungen ersetzt wird; und vor allem, wenn die bisher noch nicht beschäftigte heranwachsende Jugend keine Arbeitsplätze findet.“¹¹

Dieses Szenario ist in den siebziger Jahren nicht eingetreten. Die Arbeitslosenstatistiken von damals und die Aussagen von Androsch geben in diesem Punkt dem Ökonomieprofessor nicht recht.

Das Wirtschaftsprogramm der SPÖ 1968 – die Basis für den Aufstieg

Basis des Erfolgs der Sozialdemokraten waren – ausgehend von den „Ökonomischen Versammlungen“¹², die in der Zeit der Opposition einberufen wurden – das SPÖ-Wirtschaftsprogramm aus dem Jahr 1968 sowie das vom Parteirat am 21. November 1969 beschlossene Finanzierungskonzept. Letzteres trägt die Handschrift von Hannes Androsch und wurde von ihm in zehn Tagen erarbeitet. Mit dem „Programm zur Modernisierung für Wirtschaft und Gesellschaft“ gelang es der SPÖ sehr rasch, ausgeprägte Wirtschaftskompetenz

¹¹ Ebd.

¹² Im Gespräch stellt Hannes Androsch dezidiert fest, dass er mit dem Chef der „Ökonomischen Versammlung“, Staatssekretär Ernst Eugen Veselsky, keinen Konflikt gehabt habe, wie es Veselsky an anderer Stelle beschreibt. „Ich habe mit ihm überhaupt kein Verhältnis gehabt. Er war ein politischer und ökonomischer Non-valeur, sonst hätte Kreisky ihn und nicht mich zum Finanzminister gemacht.“ Androsch weist darauf hin, dass er „in nur zehn Tagen ein Finanzierungskonzept erarbeitet“ habe. „Ich habe es im Parteirat vorgestellt, nicht Veselsky.“ Androsch ist der Meinung, dass Veselsky Kreisky „auf die Nerven gegangen ist“.

und gesellschaftspolitische Reformkraft unter Beweis zu stellen.¹³

Die Realisierung dieser Pläne und Programme wird bis heute vom politischen Gegner mit der Schuldenpolitik der SPÖ-Alleinregierung in Verbindung gebracht. Wann immer es um Geld, den Staatshaushalt und Sparprogramme geht, wird das Argument wie ein Kampfinstrument eingesetzt. Die Schulden der SPÖ und der Kreisky-Ära belasten den Staat und haben immer noch Auswirkungen auf die Zukunft des Landes und der Kinder: Diese Aussage ist fixer Bestandteil des öffentlichen Bewusstseins, im kollektiven Gedächtnis verankert, am Stammtisch und in Politikerreden wird sie ständig wiederholt.

Androsch findet diese Leier nur noch „lächerlich“. Der legendäre Sager Kreiskys: „Eine Milliarde Schulden bereiten mir weniger Sorgen als Tausende Arbeitslose“¹⁴, biete vor allem der ÖVP die Möglichkeit, „völlig sachwidrig immer wieder auf die Schuldenwirtschaft der siebziger Jahre zu verweisen, die uns angeblich bis heute belastet und nunmehr als Kreisky-Malus propagandistisch verbreitet wird. Ein Dauerbrenner der innenpolitischen Debatte. Tatsache ist, dass aufgrund der von der Bundesregierung in den Jahren 1974 bis 1977 beschlossenen konjunkturstützenden Maßnahmen zur Erhaltung der Vollbeschäftigung und zur Förderung des Strukturwandels das Defizit des Bundesbudgets und damit die Staatsschuld in den Jahren 1975 bis 1977 beträchtlich angestiegen ist. Diese Entwicklung war aber keine kontinuierliche und wurde zumindest in meiner Amtszeit von einem budgetären Stabilisierungskurs abgelöst.“¹⁵

Den Vorwurf der Schuldenpolitik widerlegt Androsch mit folgenden Zahlen: „Von 1970 bis 1974 hatten wir fast ein ausgeglichenes Budget bei einer viel höheren Investitionsquote im Bund. Nach einer Phase günstiger Konjunktur kam es spätestens Mitte der siebziger Jahre – im Oktober 1973 erschütterte der erste

¹³ Vgl. dazu: Androsch, Hannes: op. cit., S. 569ff. In diesem Aufsatz weist Androsch auch auf die Bedeutung der von Finanzminister Stephan Koren aufgrund der Budgetvorschau für 1969 und die Folgejahre vorgeschlagenen Maßnahmen zur ausgaben- und einnahmensseitigen Budgetverbesserung hin, die als „Pauenschlag“ bekannt geworden sind.

¹⁴ Laut Kreisky-Archiv äußerte Bruno Kreisky dieses Zitat im Laufe der Jahre in mehreren Varianten. Legendär wurde der Ausspruch allerdings anlässlich einer Rede während des Nationalratswahlkampfes am 18. März 1979.

¹⁵ Androsch, Hannes: op. cit., S. 575.

Erdölpreisschock die Weltwirtschaft – zu einer unglaublichen Epochenzäsur, zu einem kompletten Paradigmenwechsel. Wir haben ab Frühjahr 1975 den Konjunkturerinbruch aufgrund der Ölpreisexplosion massiv abzufedern versucht. In der Phase des Wachstumsknicks haben wir Beschäftigungspolitik durch massive öffentliche Investitionen aufrechterhalten und diese durch Kredite finanziert. Ich habe gesagt, ich zahle lieber Investitionen für die Zukunft und halte Leute beschäftigt, als für Arbeitslosenunterstützung aufzukommen und noch dazu weniger Lohnsteuer und Pensionsversicherungsbeiträge einzuheben.“ Von 1975 bis 1981 ergaben sich dann folgende Nettodefizite: 4,4 Prozent (1975), 4,5 Prozent (1976), 3,6 Prozent (1977), 4,1 Prozent (1978), 3,4 Prozent (1979), 2,9 Prozent (1980), 2,5 Prozent (1981).

Gegensteuern

Der ehemalige Finanzminister erklärt den Rückgang des Nettodefizits mit einem Maßnahmenpaket, dem zweiten Abgabenänderungsgesetz, das ab 1978 wirksam wurde. „Mit diesem Paket haben wir gegengesteuert, nicht zuletzt auch aus Gründen der Leistungsbilanzverbesserung. So hatten wir mit dem Budget 1981 im Sinne der Seidel-Formel¹⁶ nur mehr ein Nettodefizit von 2,5 Prozent. Zieht man von diesem die Ausgaben für ÖBB und die Autobahnen ab, die heute nicht mehr im Budget enthalten sind – um eine Vergleichbarkeit herzustellen –, so ist das damalige Nettodefizit noch deutlich geringer ausgefallen. Umgekehrt müsste man dem heutigen Nettodefizit korrekterweise die Schuldenaufnahmen der aus dem Budget ausgegliederten Positionen für Bahn, ASFINAG, die Bundesimmobiliengesellschaft BIG und den Familienlastenausgleichsfonds hinzurechnen.“

Tatsache ist, dass die Bundesschuld Ende 1969 umgerechnet etwa 4,5 Milliarden Euro ausmachte und Ende 1980 rund 19 Milliarden Euro. Im Vergleich dazu: Ende 1999 betrug sie 118 Milliarden Euro und Ende 2006 sogar 145 Milliarden Euro, wozu allerdings noch 15 Milliarden Euro Schuldenaufnahmen bei ASFINAG und

¹⁶ Siehe dazu das Gespräch mit Ex-Staatssekretär Hans Seidel „Kreisky kam es auf jeden Arbeitsplatz an“.

ÖBB dazugerechnet werden müssen. Weiters gab es die Absaugung von zwölf Milliarden Euro aus Rücklagen der OeNB für das Bundesbudget sowie Einnahmen aus Vermögensveräußerungen des Bundes, etwa für die BUWOG und die Austria Tabak, die nach Angaben des ehemaligen Finanzministers zu einem Schleuderpreis privatisiert wurde. Androsch lässt nicht unerwähnt, dass die „bislang höchsten Nettodefizite 1985 in Höhe von 6,7 Milliarden Euro unter Finanzminister Franz Vranitzky und 1995 mit 8,6 Milliarden Euro unter Finanzminister Ferdinand Lacina eingefahren wurden“. Allerdings müsse man Lacina zugute halten, dass er die Vermögens- und Gewerbesteuer abgeschafft und den Spitzensteuersatz von 60 auf 50 Prozent zurückgenommen habe. Von 1980 bis 1999 hat sich die Bundesschuld von knapp 19 Milliarden Euro auf fast 118 Milliarden Euro, also um beinahe 100 Milliarden Euro, erhöht. Androschs Resümee: „Die Staatsfinanzen sind derzeit in einer ungleich schlechteren Position, als sie bei meinem Ausscheiden aus der Politik im Jänner 1981 waren.“

Detailgenau zeigt er, wie sich der österreichische Haushalt entwickelt hat und weswegen der ständig gebrauchte Sager, Kreisky habe Schuldenpolitik betrieben, „niemanden mehr interessiert und ein Blödsinn ist“. Die Nationalratswahlen in den Jahren 1975 und 1979 gewann die SPÖ trotz der mit den damaligen wirtschaftspolitischen Maßnahmenpaketen verbundenen Belastungen mit steigenden absoluten Mehrheiten.¹⁷ „Von der Bevölkerung ist damit honoriert worden, dass die damaligen Regierungen Handlungskompetenz zeigten und wirtschaftspolitische Maßnahmen energisch und ohne populistisches Schielen auf Wahltermine nach dem Motto ‚Ziele setzen, das Notwendige tun und das Unvermeidbare erklären‘ realisierten.“¹⁸

Ein Problem sei nur, dass die SPÖ ihre eigene erfolgreiche Politik zum damaligen Zeitpunkt und in der Folge nicht propagiert habe. Mit Genugtuung stellt Androsch fest, dass er – rückblickend – auch in der Währungspolitik recht behalten habe, wie auch Streissler in der *Wiener Zeitung*¹⁹ festhält. Dazu Androsch: „Von entscheidender

stabilitätspolitischer Bedeutung war im ersten Jahr der Regierung Kreisky die neue Kursfestsetzung der österreichischen Währung.“²⁰ Die Währungspolitik sei ein Bereich gewesen, wo es zunehmend Differenzen zwischen ihm und Kreisky gab. „Im Rückspiegel ist es geklärt, dass sich Österreich an Deutschland – und nicht an Italien – angehängt hat.“

Internationale Währungspolitik

Um die Währungspolitik der damaligen Zeit zu erklären – ein Lieblingsthema des ehemaligen Finanzministers –, spannt er einen großen Bogen. Nachdem unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg der Dollar die allein beherrschende Währung war, hatte sich in den sechziger Jahren der Dollar-Mangel zunehmend in einen Dollar-Überschuss verwandelt. „Die Folge war, dass US-Währungsgold abfloss, so dass Präsident Richard Nixon²¹ am 15. August 1971 das System von Bretton Woods²² beendete. Sein Finanzminister John Connally erklärte damals lapidar, der Dollar ist unsere Währung und euer Problem.“ Im Herbst 1969 kam es zu einer Aufwertung der Deutschen Mark gegenüber dem Dollar.

Der damalige österreichische Finanzminister Stephan Koren²³ wollte mit dem Schilling mitgehen, scheiterte jedoch an der Industriellenvereinigung. „Das bedeutete aber, dass wir gegenüber der D-Mark den Schilling von 1:6 auf 1:7 schwächer werden ließen, was dann auch für den Schweizer Franken zutraf.“ Eine neuerliche

²⁰ Androsch, Hannes: op. cit., S. 571.

²¹ Der Republikaner Richard Nixon war 37. Präsident der Vereinigten Staaten (1969–1974). Nixon war der bisher einzige Präsident der USA, der während seiner Amtszeit zurücktrat. Grund dafür war die Watergate-Affäre.

²² Das Bretton-Woods-System, benannt nach der Konferenz von Bretton Woods, war ein Währungssystem, das vom goldhinterlegten US-Dollar als Leitwährung bestimmt war. Die Bretton-Woods-Organisationen bzw. -Institutionen sind die Weltbank und der Internationale Währungsfonds (IWF). Am 22. Juli 1944 wurde auf der Konferenz von Bretton Woods (New Hampshire, USA) von 44 Staaten noch während des Zweiten Weltkrieges ein möglichst stabiles Währungssystem beschlossen. Ziel war die reibungslose und von Handelsbarrieren befreite Abwicklung des Welthandels bei festen Wechselkursen. Das System hatte bis zu seinem Zusammenbruch 1971 Bestand.

²³ Koren wollte im Oktober 1969, als eine Aufwertung der D-Mark erfolgte, aus konjunktur- und stabilitätspolitischen Gründen mitziehen.

¹⁷ Siehe Anhang „Ergebnisse der Nationalratswahlen“.

¹⁸ Androsch, Hannes: op. cit., S. 575.

¹⁹ Streissler, Erich, W.: op. cit.

Aufwertung der D-Mark erfolgte am 5. Mai 1971. Dabei machte Österreich teilweise mit.

Bei den Verhandlungen über ein neues Weltwährungssystem, die nie zu einem Ergebnis kamen, vereinbarten die USA mit Henry Kissinger als Außenminister 1974 den bis heute gültigen Petrodollar-Standard mit den Saudis. Dieser bedeutet, dass vor allem Erdöl, aber auch viele andere Rohstoffe seither in Dollar fakturiert werden, womit die USA über das Privileg verfügen, Fiat-Money zu schaffen. Das heißt, die Vereinigten Staaten können per Dekret neues Geld drucken, wodurch sie in der Lage sind, die angehäuften Riesendefizite im Außenhandel und in den Staatsfinanzen selbst zu finanzieren.

Die USA weisen seit 1992 ein vor allem in den vergangenen Jahren stark steigendes Leistungsbilanzdefizit auf, zuletzt rund 811 Milliarden Dollar, was 6,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts entspricht.

Seit Beginn der siebziger Jahre sind die Vereinigten Staaten in steigendem Ausmaß Ölimportland und damit abhängig von ausländischen Ressourcen geworden. Seit Ende der achtziger Jahre hat sich der Status der USA von einem Gläubigerland in ein Schuldnerland mit den inzwischen mit Abstand größten Auslandsschulden der Welt in Höhe von 2.546 Milliarden Dollar gewandelt. Folge ist, dass sich – wengleich mit Schwankungen – insgesamt der Wert des Dollar gegenüber dem zurückgerechneten Euro seit 1970 um zwei Drittel verringert hat. Androsch erklärt den aktuellen Zustand mit Joseph Schumpeter²⁴, wonach der Zustand des Geld- und Währungswesens den Gesamtzustand eines Landes widerspiegelt. „Dann kann man sich ein gutes Bild der derzeitigen Lage machen.“

Stephan Koren (geb. 1919, gest. 1988 in Wien) war Nationalökonom und ÖVP-Politiker. 1945–65 Mitarbeiter des Wirtschaftsforschungsinstituts (WIFO), ab 1965 Universitätsprofessor in Innsbruck, ab 1968 an der Hochschule für Welt-handel bzw. Wirtschaftsuniversität in Wien. 1967–68 Staatssekretär im Bundeskanzleramt, 1968–70 Finanzminister. Autor des ÖVP-Wirtschaftskonzepts 1967 („Koren-Plan“) und Vertreter der österreichischen Hartwährungspolitik. 1970–78 Abgeordneter zum Nationalrat und Klubobmann der ÖVP; 1978–88 Präsident der Oesterreichischen Nationalbank.

²⁴ Joseph Schumpeter (geb. 1883, gest. 1950 in den USA) war ein österreichischer Ökonom und lehrte von 1932 bis 1950 an der Harvard-Universität.

Fundamentale Unterschiede und Selbstkritik

Nach dem Exkurs über Währungspolitik – im Übrigen ist Androsch davon überzeugt, dass „das Verhältnis des Regierungschefs zu seinem Finanzminister vor allem an der Frage der Währungspolitik zerbrochen ist“²⁵ – kommt er auf andere Fragen seiner Beziehung zu Kreisky zurück: „Wo wir versagt haben, Kreisky und ich, und wo wir auch verschiedene Positionen hatten, war die Energiepolitik, die bis heute nicht gelöst ist. Auch in der Politik der verstaatlichten Industrie sowie bei der Finanzierung des Wohlfahrtsstaates, also bei Fragestellungen zur Sicherung solider öffentlicher finanzpolitischer Verhältnisse, waren wir unterschiedlicher Meinung.“

Hundert Milliarden Schilling Kosten habe die Verstaatlichte verursacht, sagt Androsch. Rund 50.000 Arbeitsplätze seien trotzdem verloren gegangen. „Man hätte viel früher Strukturpolitik und nicht Strukturerehaltungspolitik machen sollen. Da gab es einen fundamentalen Unterschied zwischen Kreisky und mir. Er hat das Problem intellektuell wegen seiner Krankheit nicht mehr erfasst.“ Dementsprechend kurzatmig habe er reagiert. „Er war nicht nur gegen die Hartwährungspolitik, das konnte man ja verhindern. Die Politik in der verstaatlichten Industrie konnte man nicht verhindern. Das Ergebnis ist bekannt, ebenso in der Energiepolitik.“²⁶

²⁵ Androsch, Hannes: op. cit., S. 574f.

²⁶ Für Androsch war nicht das Referendum über das AKW Zwentendorf ein Fehler, sondern das jahrelange Zögern. Die ÖVP hatte Zwentendorf 1978 zum Wahlkampfthema gemacht. Kreisky wollte sich dieser Sache entledigen und unterbreitete nach einer Gallenblasenoperation im Juli 1978 Heinz Fischer, Leopold Gratz und Androsch den Vorschlag, die Bevölkerung zu befragen. Bei der SPÖ-Klubklausur in Neusiedl verknüpfte er das Referendum mit der persönlichen Vertrauensfrage. So war das negative Ergebnis der Volksabstimmung über die Inbetriebnahme des fertig gebauten Atomkraftwerks Zwentendorf am 5. November 1978 – 50,5 Prozent stimmten mit Nein, die Wahlbeteiligung betrug 64 Prozent – weniger eine Entscheidung gegen die friedliche Nutzung der Kernkraft als vielmehr ein knapper Mehrheitsentscheid gegen Kreisky. Der Kanzler hatte es dann aber bei der Androhung seines Rücktritts belassen. „Das damalige Abstimmungsvotum nunmehr als Entscheidung für den Ausstieg aus der Kernenergie zu deuten ist reine Legendenbildung“, meint Androsch heute.

Die Jahre nach 1981: „Die glorreiche Zeit der SPÖ war damit Geschichte“

Da sich Kreisky und die SPÖ im Jänner 1981 von Vizekanzler und Finanzminister Hannes Androsch getrennt hatten²⁷, vermied man es in der Folge penibel, den erfolgreichen wirtschaftspolitischen Kurs der siebziger Jahre für die Partei zu nutzen, da man ja auch dem verstoßenen Finanzminister Anerkennung hätte zollen müssen. Dieses Negieren und diese politische Haltung hätten wesentlich dazu beigetragen, dass die SPÖ es seither nicht mehr geschafft habe, Wirtschaftskompetenz zu erlangen und damit zu punkten, ist Androsch überzeugt.

Für die Epoche der siebziger Jahre, vor allem für die zweite Hälfte des Jahrzehnts, gelte Folgendes: „Die Beschäftigungspolitik dieser Zeit war erfolgreich und hat uns internationale Anerkennung gebracht. Es war allerdings nicht immer leicht, gegen die illusionäre, punktuelle und gesundheitliche Befindlichkeit des Regierungschefs Kurs zu halten. Das war nur möglich, weil der Präsident des Gewerkschaftsbundes²⁸ dem Finanzminister vertraut hat, das Richtige zu tun. Kreisky musste nach meinem Abgang hinnehmen, dass er den Androsch-Bonus verliert.“

Androsch hatte nach der Wahl 1979 von Kreisky das Pouvoir bekommen, innerhalb von sechs Wochen ein Energiesparprogramm auszuarbeiten. Dafür gab es damals ein Lob von der Internationalen Energieagentur.

²⁷ Letztlich nahm Kreisky an einer Situation Anstoß, die schon mehr als zehn Jahre bestand: Der Vizekanzler und Finanzminister war zugleich Teilhaber der gut gehenden Steuerberatungskanzlei Consultatio. Kreisky machte Unvereinbarkeit geltend, worauf Androsch seine politischen Funktionen zurücklegte. Erst in der Folge kam es zu gerichtlichen Erhebungen wegen zurückliegender finanzieller Unklarheiten und zur Anklage wegen privater Schwarzgeldkonten von Androsch. Seine Angabe, ein reicher Wahlonkel habe ihm viel Geld zur Verfügung gestellt, erwies sich nicht als tragfähig: Androsch wurde nach langem Instanzenzug rechtskräftig wegen Steuerhinterziehung verurteilt.

²⁸ Anton Benya (geb. 1912, gest. 2001) war ÖGB-Präsident. Diese Funktion hatte er von 1963 bis 1987 inne. Von 1971 bis 1986 war er Erster Nationalratspräsident.

„In der Himmelfortgasse hängt der Hammer“

Unter seinem Nachfolger, Finanzminister Herbert Salcher²⁹, explodierten die Budgetdefizite. „Mit dem Budget von 1982 griff ein nicht mehr kontrolliertes Deficit-Spending Platz, und das Mallorca-Paket Anfang 1983 war ein dilettantischer Versuch, das zu korrigieren. Damit ging auch die absolute Mehrheit der SPÖ bei der Nationalratswahl im Mai 1983 verloren.“ Mit 47 Prozent der abgegebenen Stimmen rutschte die SPÖ unter das Ergebnis des Jahres 1970. „Die glorreiche Zeit der SPÖ war damit Geschichte.“ Androsch ist überzeugt, dass Kreisky mit seinem Abgang einem schweren Irrtum aufgesessen sei: „Er dachte, wenn Androsch geht, wird Hans Seidel Staatssekretär. Er war aber nicht mein ökonomisches Gehirn. Er war ein Wirtschaftswissenschaftler, der mir sehr nützlich war.“

Bis heute habe die SPÖ nicht wieder Wirtschaftskompetenz erlangt, und sie trete auch nicht entschieden genug gegen den permanenten Vorwurf des Schuldenmachens auf, kritisiert Androsch. Als Fehler sieht der international anerkannte Industrielle, dass SPÖ-Chef Alfred Gusenbauer bei der Regierungsbildung 2006/2007 auf das Finanzministerium verzichtete. „Er hat nicht erkannt, dass die *power of the purse* in der Himmelfortgasse, dem Sitz des Finanzministeriums, ist. Dort hängt der Hammer. Das ist ein Faktum. Solange die Achse Kanzler und Finanzminister funktioniert, funktioniert auch die Regierung.“

Der „Kronprinz“ als Regierungschef?

Die Frage, ob die Nachfolge Kreiskys für Androsch infrage gekommen wäre, um den erfolgreichen Wirtschaftskurs weiterzuführen, verneint dieser vehement. „Was weiter zu tun gewesen wäre, hätte ich schon gewusst. Kreisky war ja konzeptiv nicht mehr in der Lage. Aber ich wollte nicht die Nachfolge Kreiskys, das wollen viele nicht verstehen. Kreiskys Angst, ich könnte es werden, war unberechtigt.“

²⁹ Herbert Salcher (geb. 1929) war von 1969 bis 1981 Parteiohmann der Tiroler SPÖ. Als Landeshauptmann-Stellvertreter in Tirol war er von 1970 bis 1979 zuständig für Gesundheit und Soziales. 1979 berief ihn Bruno Kreisky in sein Kabinett als Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz. Von 1981 bis 1984 war Salcher Bundesminister für Finanzen.

Kreisky wollte 1983 ja nicht gehen. Er wollte auch keinen starken Nachfolger. So ist Fred Sinowatz Chef einer Regierung geworden, die nicht die seine war.“

In den achtziger Jahren – und erst recht heute – wäre eine Fortsetzung der Politik der siebziger Jahre absolut unmöglich gewesen. „Im Kapitalverkehr ist so viel Liberalisierung eingetreten, dass eine autonome Politik wie in den siebziger Jahren mit Zinsstützung und Investitionsförderung nicht mehr machbar ist. Was nicht heißt, dass man keine Spielräume hat. Deswegen war ich diametral zu der Politik des ehemaligen Finanzministers Karl-Heinz Grasser eingestellt. Heute kann man noch immer Nachfragepolitik und viel mehr Strukturpolitik im Bereich von Bildung, Forschung und Innovation machen. Da versagen wir derzeit.“ Beschäftigungsmöglichkeiten zu bieten – dieser Prozess beginne heute schon im Kindergarten und im Vorschuljahr, sagt Androsch.

Nichts Positives findet er an der Arbeitsmarktpolitik des AMS in den vergangenen zehn Jahren. „Das ist hinausgeschmissenes Geld. Diese Politik ist gescheitert.“ Für die Abschottung gegenüber den neuen Mitgliedsländern mit den Übergangsfristen beim freien Personenverkehr (maximal bis 2011, Anm.) hat der Mann der Wirtschaft nichts übrig. „Wir gehen in einen Beschäftigungsmangel hinein.“ Und die Politik der Sozialpartnerschaft bzw. der Interessenvertretungen in die Verfassung zu schreiben sei „lächerlich“, nichts als „Schwachsinn pur“.

„Die Entscheidung für morgen“

Den Blick zurück macht Hannes Androsch ganz im dialektischen Sinne: nicht um festzuhalten, sondern um aus der Analyse heraus vor dem Hintergrund der historischen Erfahrung die richtigen Entscheidungen für morgen zu treffen. So kritisiert er alte und neue Regierungen und ihre Politik als zu wenig innovativ, zu wenig bildungs- und zukunftsorientiert, zu wenig europäisch, zu wenig international, zu wenig global ausgerichtet.

Die Zukunft interessiert den erfolgreichen Industriellen – nicht umsonst ist er regelmäßig zu Gastvorträgen renommierter Gesell-

schaften³⁰ eingeladen und nebenbei Gründungsmitglied des international bekannten Think-Tanks European Council on Foreign Relations (ECFR). Die Denkfabrik mit Sitz in Berlin, die vom ehemaligen deutschen Außenminister Joschka Fischer geleitet wird, will die europäische Außenpolitik stärken und die Europäische Union ermutigen, künftig enger mit internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen, dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank zusammenzuarbeiten. Das Institut spricht sich im Übrigen klar für eine europäische Erweiterungsstrategie gegenüber den Balkan-Ländern und der Türkei aus.

Aktuelle politische Entwicklungen und Zukunftsprognosen – auch wenn sie düster waren – hat Androsch immer reflektiert. Das bestätigt ein Vortrag mit dem Titel „Entscheidung für morgen“, den er im Frühjahr 1977 vor jungen Wirtschaftlern und Wissenschaftlern in Linz hielt. Das Redemanuskript kann heute noch als Manifest seines Denkens³¹ gelesen werden und hat an Brisanz nichts verloren.

Androsch beschäftigte sich damals mit dem Tempo der Entwicklung, dem „eindrucksvollen Aufholprozess“ Österreichs und seiner Wirtschaft gegenüber den fortgeschrittenen europäischen Industriestaaten.³² Er skizzierte den Kampf um eine neue globale Wirtschaftsordnung, die Beziehung von Industrie- und Entwicklungsländern und die Grenzen nationaler Politik: „Der internationale Rahmen steckt die Möglichkeiten und Grenzen der nationalen Politik ab. Angesichts der schier überwältigenden globalen Probleme, die durch die sich verstärkende weltweite Interdependenz zunehmend auch auf die österreichische Wirtschaft Einfluss gewin-

³⁰ Zum Beispiel vor der Deutschen Gesellschaft für Außenpolitik und an bekannten US-Universitäten.

³¹ Vortrag am 26. März 1977 im Brucknerhaus in Linz.

³² Das Wirtschaftswachstum betrug in Österreich in den 1950er und 1960er Jahren durchschnittlich 5,5 Prozent; eine Rate, die weltweit nur von Japan übertroffen wurde. Seit 1955 hat sich das durchschnittliche Einkommen eines Arbeitnehmers real nahezu verdreifacht. 1976 standen rund ein Viertel mehr Arbeitsplätze zur Verfügung als zwanzig Jahre zuvor. Im selben Zeitraum erhöhten sich die Exporte real auf mehr als das viereinhalbfache. Zitiert aus: Androsch-Vortrag, S. 3.

nen, rückt der Stellenwert der Wirtschaftsordnung in der Gesellschaft zunehmend in den Mittelpunkt.³³

In diesem Zusammenhang begreift er Marktwirtschaft als Instrument, nicht als Dogma. „Für eine an sozialdemokratischen Grundsätzen orientierte Politik, also eine Politik, die davon ausgeht, dass der historische Ablauf beeinflussbar und die soziale Umwelt nach den Bedürfnissen der Menschen gestaltbar ist, kann Marktwirtschaft nicht den Status eines Zieles oder Dogmas erhalten. Wirtschaftliche Tätigkeit ist Instrument und Handlungsfeld zur Sicherung einer angemessenen Bedarfsdeckung und zur Humanisierung und Demokratisierung der Gesellschaft.“³⁴ Aufgaben der Wirtschaftspolitik seien daher „wachsende Wohlfahrt, ein gerechter Anteil am gesellschaftlichen Ertrag, humane Arbeitsbedingungen und Verminderung von Abhängigkeit und Entfremdung, nicht aber die Form, in der diese Ziele erreicht werden“³⁵.

Daraus leitet Androsch ab, dass „die Prinzipien der Marktwirtschaft dort gültig sein sollen, wo ein elastisches Instrument zur Koordination dezentraler Wirtschaftsziele erforderlich ist“. Das heißt, neben der dezentralen Steuerung durch den Markt und der Aufrechterhaltung der Förderung und Kontrolle des Selbststeuerungsmechanismus durch den Staat sind sowohl komplementäre Institutionen – wie gemeinwirtschaftliche Betriebe und öffentliche Einrichtungen – als auch die Erfüllung der gesellschaftlichen Bedürfnisse durch die öffentliche Hand konstituierender Bestandteil der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. „So ist es heutzutage (1977, Anm.) eigentlich selbstverständlich geworden, dass der Staat von seinen Bürgern für Vollbeschäftigung und eine faire Verteilung der Einkommen verantwortlich gemacht wird, zwei Ziele, die ohne die sichtbare Hand des Staates offenbar nicht erreichbar sind. Auch wird durch private Initiative eine Berücksichtigung der öffentlichen Aufgaben wie Bildung, Gesundheit, materielle Infrastruktur usw. nicht gesichert. Dazu kommt, dass der Strukturwandel, überlässt man ihn den Marktkräften, nicht automatisch zu einem optimalen Ergebnis führt bzw. die Anpassung zu große soziale Kosten ver-

ursacht, da sie zu spät eingeleitet wird. Anpassungsinterventionen nach neoliberalen Rezept sind dabei ungenügend.“³⁶

Androsch sagt, dass die „öffentliche Verantwortung für das wirtschaftliche Geschehen Maßnahmen in Form von rechtzeitig getroffenen Gestaltungsinterventionen voraussetzt“³⁷. Diese Maßnahmen, gepaart mit der Notwendigkeit, die Sozialausgaben zu bestreiten und konjunkturelle Schwankungen stabilisierend zu beeinflussen, verlangen einen großen Finanzierungsaufwand. Die Steuerpolitik und die öffentlichen Haushalte sind der wesentliche Hebel dafür. „Das Schwergewicht der Besteuerung müssen wir in Hinkunft weniger auf die Einkommenserzielung, das heißt auf die direkten Steuern, und mehr auf die Einkommensverwendung, auf die indirekten Steuern, aber auch in angemessener Weise auf die Gebühren und Tarife, für die ja unmittelbare Leistungen erbracht werden, legen. Dabei ist allerdings eine entsprechende soziale Differenzierung Voraussetzung.“³⁸

Wie Androsch gegen eine steigende Belastung der öffentlichen Haushalte in den achtziger Jahren argumentiert, ist immer noch aktuell: „Der Staatsbürger muss davon überzeugt werden können, dass der öffentliche Sektor effizient organisiert werden kann, aber dennoch öffentliche Leistungen etwas kosten, andererseits durch Rationalisierung und durch Neuverteilung bzw. teilweise oder gänzlichen Entfall gewisser öffentlicher Aufgaben die Ausgabendynamik des Staates gemildert wird.“³⁹

Neben den freien Kräften der Wirtschaft und der Funktion des Staates thematisiert Androsch Fragen der Energiesicherung in Zusammenhang mit Umweltpolitik und Wachstum – und spricht dabei die Notwendigkeit der Industrieländer zur Entwicklung alternativer Energiequellen an.

³⁶ Ebd., S. 7f.

³⁷ Schriftliches Manuskript Androsch-Vortrag, S. 8.

³⁸ Ebd., S. 12.

³⁹ Ebd., S. 9.

³³ Vortragstext, S. 6.

³⁴ Ebd., S. 7.

³⁵ Ebd.

Zukunft der Arbeitsplätze

*Eine verantwortungsvolle Regierung hat nicht nur die Verpflichtung, dem Staatsbürger Antwort auf die aufgeworfenen Fragen zu geben, sondern vor allem Sorge zu tragen, dass die Bevölkerung durch eine entsprechende Ausbildung in die Lage versetzt wird, aktiv und konstruktiv an der Gestaltung der Zukunft mitzuarbeiten.*⁴⁰

Was derzeit in der bildungspolitischen Debatte Standard ist, nämlich die Ausbildung mit der Dynamik des wirtschaftlichen Geschehens und den Anforderungen des technischen Fortschritts in Einklang zu bringen, hat Androsch vor dreißig Jahren gefordert. „Die Produktion ‚intelligenter Produkte‘ – als Konsequenz der neuen weltwirtschaftlichen Bedingungen – verlangt neben einer qualifizierten Ausbildung auch die permanente Fortbildung sowie die Bereitschaft zu größerer regionaler und beruflicher Mobilität.“⁴¹ Ein dynamisches Wirtschaftswachstum bedeute nicht zwangsläufig die Sicherung eines bestimmten Arbeitsplatzes „vor der Haustüre“. Androsch formuliert damit die Erfordernisse des Europäischen Binnenmarkts, der 1985 vom damaligen Kommissionspräsidenten Jacques Delors auf dem Papier maßgeblich entworfen wurde und 1993 in Kraft trat. Die Voraussetzungen dieses Binnenmarkts sind neben der entsprechenden Gesetzgebung eben regionale und berufliche Mobilität, zukunftsorientierte Ausbildung und lebenslanges Lernen.

Androsch weist auf die Veränderungen der Arbeitsplätze hin, auf das Phänomen der Entfremdung, den drohenden Verlust der Würde der Arbeit. „Die Notwendigkeit des technischen Fortschritts steht außer Zweifel. Er ist aber keine automatische Rückversicherung für eine störungsfreie wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung. Rationalisierungen, Einsparungen an Arbeitskräften und aus gegebenem Anlass massive Technikkritik, die teilweise anders verpackt wird, sind nur einige der damit zusammenhängenden Probleme.“⁴²

⁴⁰ Ebd., S. 12.

⁴¹ Ebd., S. 13.

⁴² Ebd., S. 17.

Augenmaß mahnt er bei der Forderung höherer Löhne und Gehälter ein: „Europalöhne und kürzere Arbeitszeit können nur dann verdient werden, wenn wir hochwertige konkurrenzfähige Produkte erzeugen und Leistungen erbringen, die im Preis diese Kosten tragen und die außerdem die Erwirtschaftung der entsprechenden Investitionsmittel ermöglichen.“⁴³ Soziale Absicherung definiert Androsch nicht per se als sozialdemokratisches Dogma, sondern als „zentrale Aufgabe jeder freien Gesellschaft“⁴⁴.

Der inhaltliche Einfluss großer US-amerikanischer Politiker und Denker wird hier deutlich, indem Androsch Präsident Franklin Delano Roosevelt⁴⁵ sinngemäß zitiert: „Der amerikanische Präsident Roosevelt hat zu einer schwierigen Zeit – 1941 – die Notwendigkeit hervorgehoben, dem Staatsbürger die vier Freiheiten, nämlich Rede- und Religionsfreiheit, Freiheit von Not und Freiheit von Furcht zu garantieren.“⁴⁶ Für diejenigen, die sich damals in Europa nicht vom Faschismus mitreißen ließen, war „das einzige Licht in der Dunkelheit die Regierung Roosevelt und der New Deal in den Vereinigten Staaten“⁴⁷.

Androsch gelang es mit seinem Verständnis für Geschichte und die Zeit, in der er als Finanzminister und Vizekanzler agierte, die Richtung, in die sich die neuen Kräfte und Entwicklungen bewegten, einzufangen und daraus eine neue Art sozialdemokratischer Politik zu entwerfen. Etwa wenn er verlangte, dass sich durch ein

⁴³ Ebd., S. 13f.

⁴⁴ Ebd., S. 18.

⁴⁵ Franklin Delano Roosevelt, geboren 1882, war bis zu seinem Tod 1945 der 32. Präsident der USA. Als Kandidat der Demokratischen Partei gewann er die Präsidentenwahl 1932, dreimal wurde er wiedergewählt: 1936, 1940 und 1944. Nach hemmungslosem Individualismus, Weltwirtschaftskrise und daraus resultierendem Massenelend versuchte Roosevelt, neue Regeln für soziale Gerechtigkeit zu etablieren. In den Vereinigten Staaten herrschte große soziale Unzufriedenheit, der Glaube an Geschäftsleute als Erlöser der Gesellschaft war nach dem katastrophalen Wall-Street-Debakel über Nacht verloren gegangen, und Roosevelt bot ein gewaltiges Sicherheitsventil für aufgestaute Verbitterung und Empörung. Um eine Revolution zu verhindern, errichtete er ein System, das für größere ökonomische Gleichheit und soziale Gerechtigkeit – Ideale, die zum Besten der amerikanischen Tradition zählten – sorgen sollte, ohne das Fundament der Freiheit und Demokratie in seinem Land anzugreifen. Vgl. dazu: Berlin, Isaiah: Persönliche Eindrücke. Berlin Verlag, Berlin 2001, S. 70ff.

⁴⁶ Androsch-Rede, S. 19.

⁴⁷ Berlin, Isaiah: op. cit., S. 71.

hohes Maß an sozialer Sicherheit für den Einzelnen neue Bereiche, aber auch neue Notwendigkeiten der Eigenverantwortung, der Eigeninitiative und der Eigenvorsorge eröffnen. „Es ist aber auch notwendig, eine Überprüfung der sozialen und ähnlichen Einrichtungen vorzunehmen, um zu verhindern, dass Leistungen nach dem Gießkannenprinzip ein Kostenausmaß erreichen, das die Bereitschaft der Menschen zu ihrer Finanzierung überschreitet und beim Einzelnen nicht einmal annähernd mit einer entsprechenden Wertschätzung verbunden ist.“⁴⁸ Für viele alteingesessene Genossen in den siebziger Jahren und Menschen, die alles vom Staat verlangten, waren das völlig neue Töne. Wahrheiten eben.

⁴⁸ Androsch-Rede, S. 19.